

D&O-Versicherung

mit internationalen Bezügen

Bearbeitet von

Von Dr. Hermann Mitterlechner, MBA, Dr. Thomas Wax, MBA, Rechtsanwalt, und Hendrik Witsch

2. Auflage 2019. Buch. XXXIV, 462 S. Softcover

ISBN 978 3 406 69591 9

Format (B x L): 14,1 x 22,4 cm

[Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Versicherungsrecht > Haftpflichtversicherungen, Kfz-Versicherung](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Mitterlechner/Wax/Witsch

D&O-Versicherung
mit internationalen Bezügen


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

D&O-Versicherung

mit internationalen Bezügen

von

Dr. Hermann Mitterlechner, MBA

CEO und Leiter Professional Lines Europe, Argo Global SE

Dr. Thomas Wax, MBA

Rechtsanwalt in München

Hendrik Witsch

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Freie Universität Berlin

beck-shop.de
mitbegründet von
Prof. Dr. Michael Gruber (Universität Salzburg)
DIE FACHBUCHHANDLUNG

2., neu bearbeitete Auflage 2019





beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 69591 9

© 2019 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Nomos Verlagsgesellschaft,
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Textservice Zink, 74869 Schwarzach

Umschlag: Druckerei C.H. Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Die aus den USA stammende D&O-Versicherung ist in Deutschland seit den 1980er-Jahren bekannt, wurde aber erst mit der Zeichnung durch große deutsche Industrieversicherer etabliert. Ihre Bedeutung ist über die Jahre mit einer zunehmenden Zahl von Managerhaftungsfällen auch in Deutschland gewachsen. Heute ist sie bei vielen Managern Voraussetzung für die Aufnahme ihrer Tätigkeit. Manche für eine Haftpflichtversicherung ungewohnte Elemente, etwa die Umschreibung des Versicherungsfalles mit Hilfe des Anspruchserhebungsprinzips (sog. *claims made*) oder die Versicherung von Ansprüchen im Innenverhältnis (VN gegen versicherte Personen), haben zu einer intensiven literarischen Diskussion über die D&O-Versicherung geführt. Auch Gerichtsentscheidungen zur D&O-Versicherung nehmen zu. Neben jüngeren obergerichtlichen Entscheidungen, die sich im Rahmen von Insolvenzsituationen mit der D&O-Versicherung befassen und ein kritisches Echo in der wissenschaftlichen Diskussion ausgelöst haben, kann die Bedeutung der vom BGH durch die Urteile vom 13.4.2016 bestätigten Möglichkeit des Direktprozesses von Unternehmen als VN gegen D&O-Versicherer bei Innenhaftungsfällen schwerlich überschätzt werden.

Bemerkenswert sind kontroverse Eindrücke über die Realität der Managerhaftung: Während bei einer breiten Öffentlichkeit der Eindruck überwiegt, Manager würden in Fragen der persönlichen Haftung häufig „verschont“, betonen die D&O-Versicherer in Deutschland die Notwendigkeit von Prämienerrhöhungen wegen einer Vielzahl von gemeldeten Inanspruchnahmen im Innenverhältnis der Unternehmen. Weiter ausufernde gesetzliche Regulierungen etwa in den Bereichen Compliance, Arbeitssicherheit, Datenschutz oder Geldwäsche tragen dabei eher zu einer subjektiv erhöhten Risikolage bei. Entscheidend für die Wirklichkeit ist indes das tatsächliche Anspruchsverhalten der potenziell durch Managementversäumnisse geschädigten Unternehmen: Die Frage, ob ein Anspruch erhoben wird, ist im deutschsprachigen Raum – jenseits der *ARAG/Garmenbeck*-Rechtsprechung des BGH – vielfach noch immer eine Frage der Unternehmenskultur.

Ob sich die D&O-Versicherungssparte für die hiezulande tätigen Versicherer als eine Erfolgsgeschichte oder ein Zuschussgeschäft darstellt, wird sich wohl erst in einigen Jahren entscheiden. Bedenklich ist weiterhin die Erweiterung der Deckung in Bereiche, die wirtschaftlich dem unternehmerischen Risiko zuzuordnen sind (Eigenschadendeckung). Dieser – aus

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Allgemeines Literaturverzeichnis	XXIX
§ 1. Einleitung	1
I. Ausgangslage und Zielsetzung dieses Buches	1
II. Begriff der D&O-Versicherung	5
III. Haftungsrisiken von Organmitgliedern	7
IV. D&O-Versicherung als Baustein eines Risikomanagement- konzepts im Unternehmen	12
V. Historischer Überblick	13
§ 2. Rechtsnatur und Rechtsgrundlagen	17
I. Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung	17
II. D&O-Versicherung als Versicherung für fremde Rechnung	20
III. Streitfragen	24
IV. Eigenschadendeckung	31
§ 3. Versicherungsnehmer und versicherte Personen	33
I. Versicherungsnehmer	33
II. Tochtergesellschaften	36
III. Versicherte Personen	37
§ 4. Sachlicher Gegenstand der Versicherung	43
I. Gegenstand der Versicherung	43
II. Vermögensschaden	62
§ 5. Gesellschafts- und steuerrechtliche Problemstellungen ...	73
I. Gesellschaftsrechtliche Fragen	74
II. Steuerrechtliche Fragen	97
§ 6. Umfang des Versicherungsschutzes	109
I. Sachlicher Umfang	110
II. Räumlicher Geltungsbereich	149
III. Zeitlicher Umfang	151

§ 7. Risikoausschlüsse	181
I. Grundlagen	182
II. Objektive Ausschlussstatbestände	184
III. Subjektive Ausschlussstatbestände	199
IV. Gefahr der „freundlichen“ Inanspruchnahme	219
§ 8. Beendigung des Versicherungsvertrages	225
I. Einvernehmliche Vertragsauflösung	225
II. Rücktrittsrecht	225
III. Widerrufsrecht des Versicherungsnehmers	230
IV. Anfechtungsrecht	230
V. Kündigung	232
VI. Sonstige Beendigungsgründe	234
VII. <i>Run-off</i> -Deckungen	242
§ 9. Besondere Verhaltensobliegenheiten	245
I. Vorvertragliche Anzeigeobliegenheit	246
II. Gefahrerhöhung	253
III. Weitere Obliegenheiten	260
IV. Wissenszurechnung	280
§ 10. Verfügungen über den Versicherungsanspruch	301
I. Folgen des Wegfalls des Abtretungsverbots für das Innenverhältnis der D&O-Versicherung	302
II. Inhalt des nach § 108 Abs. 2 VVG abtretbaren Freistellungsanspruchs	306
III. Rechtsstellung des Versicherungsnehmers als Zessionar des Freistellungsanspruchs	307
IV. Auswirkungen des Wegfalls des Anerkenntnisverbots	327
V. Vergrößerung des Manipulationsrisikos durch Möglichkeit des Direktprozesses und Wegfall des Anerkenntnisverbots?	328
VI. Vertragliche Einräumung eines Direktanspruchs	331
§ 11. D&O-Versicherung und Strafrechtsschutzversicherung ..	337
I. Deckung der Strafverteidigungskosten durch die D&O-Versicherung	337
II. Spezial-Strafrechtsschutzversicherung	340
§ 12. Internationale Aspekte	357
I. Einleitung	358
II. Die länderübergreifende D&O-Versicherung	361
III. Internationale D&O-Versicherungsprogramme	398
Sachregister	455

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXI
Allgemeines Literaturverzeichnis	XXIX
§ 1. Einleitung	1
I. Ausgangslage und Zielsetzung dieses Buches	1
II. Begriff der D&O-Versicherung	5
III. Haftungsrisiken von Organmitgliedern	7
1. Außenhaftung	7
2. Innenhaftung	9
IV. D&O-Versicherung als Baustein eines Risikomanagement- konzepts im Unternehmen	12
V. Historischer Überblick	13
§ 2. Rechtsnatur und Rechtsgrundlagen	17
I. Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung	17
1. Grundlagen	17
2. Besonderheit: Deckung auch der Innenhaftung	19
II. D&O-Versicherung als Versicherung für fremde Rechnung	20
1. D&O-Einzelpolice	20
2. D&O-Firmenpolice	21
3. Separate Policen für Aufsichtsräte	23
III. Streitfragen	24
1. Innenverhältnisdeckung: Eigenschaden- oder Haftpflichtversicherung?	24
2. Direktanspruch des Versicherungsnehmers gegen den Versicherer in Fällen der Innenhaftung?	26
a) Direktanspruch und Trennungsprinzip	27
b) Direktanspruch und Verfügungsbefugnis des Versicherungsnehmers	28
IV. Eigenschadendeckung	31
§ 3. Versicherungsnehmer und versicherte Personen	33
I. Versicherungsnehmer	33
1. AG	33
2. GmbH	34
3. KGaA	35

Inhalt	Inhaltsverzeichnis
4. Genossenschaft	35
5. Verein	35
6. Stiftung	36
II. Tochtergesellschaften	36
III. Versicherte Personen	37
1. Organmitglieder	37
2. Stellvertreter	38
3. Fehlerhaft bestellte Organmitglieder	38
4. Besondere Vertreter der AG/GmbH	39
5. Leitende Angestellte	39
6. Liquidatoren	39
7. Insolvenzverwalter	40
8. <i>Outside Directors</i>	40
9. Besondere Funktionsträger	41
§ 4. Sachlicher Gegenstand der Versicherung	43
I. Gegenstand der Versicherung	43
1. Managerschutz (<i>Side A</i>)	43
a) Allgemeines	43
b) Verstoß gegen gesetzliche Haftpflichtbestimmungen ..	45
c) Fehlverhalten	49
d) Vertragliche Haftung	50
2. Firmenhaftung (<i>Side B</i>)	50
3. Deckung der Gesellschaft selbst (<i>Side C</i>)	53
4. Verhältnis der verschiedenen Versicherungsgegenstände zueinander	54
5. Eigenschadendeckung	54
6. <i>Twin-Tower</i> -Deckung und <i>Two-Tier-Trigger</i> -Deckung ...	60
II. Vermögensschaden	62
1. Grundlagen	62
a) Beispiele	65
b) Problem: Mittelbare Verursachung qua Organisationsverantwortung?	68
2. Erweiterter Vermögensschadenbegriff	69
§ 5. Gesellschafts- und steuerrechtliche Problemstellungen ...	73
I. Gesellschaftsrechtliche Fragen	74
1. Zulässigkeit der D&O-Versicherung	74
a) Aktienrecht	74
b) GmbH-Recht	76

2. Gesellschaftsrechtliche Zuständigkeiten für eine D&O-Versicherung	77
a) AG	77
b) GmbH	88
3. Pflicht zum Abschluss einer D&O-Versicherung?	90
a) Pflicht der Gesellschaft?	90
b) Pflicht der Organmitglieder?	91
c) Verschaffungsklauseln	92
d) Auskunftsanspruch des Organmitglieds zum Versicherungsschutz?	93
4. Pflicht zur Aufrechterhaltung einer D&O-Versicherung durch den Insolvenzverwalter	95
II. Steuerrechtliche Fragen	97
1. Stellungnahme deutscher Finanzbehörden	97
2. Allgemeine steuerrechtliche Grundlagen	98
a) Absicherung privater Risiken	99
b) Eigener Anspruch gegen den Versicherer	100
c) Überwiegendes eigenbetriebliches Interesse	103
3. Praktikabilitätsabwägungen	106
4. Zusammenfassung	107
§ 6. Umfang des Versicherungsschutzes	109
I. Sachlicher Umfang	110
1. Erscheinungsformen des Deckungsanspruchs der versicherten Person	110
2. Freistellung von berechtigten Schadensersatzansprüchen	112
3. Abwehr unberechtigter Ansprüche	112
a) Leistungen des D&O-Versicherers innerhalb der Abwehrfunktion	112
b) Umfang der gedeckten Abwehrkosten	113
c) Prozessführungsbefugnis	114
d) Auswahl des Rechtsanwalts	115
e) Führung von Aktivprozessen	117
4. Einschränkungen	118
a) Versicherungssumme	118
b) Eigenbeteiligungsklausel	121
c) Selbstbehalt	122
d) Serienschadenklausel	140
e) Subsidiaritätsklausel	141
5. Deckungsrechtliche Einschränkungen im Insolvenzfall ...	147
a) Bedeutung	147
b) Anknüpfungspunkte	147

c) Vertragliche Regelungen zur Begrenzung	148
II. Räumlicher Geltungsbereich	149
III. Zeitlicher Umfang	151
1. Versicherungsfall (Anspruchserhebungsprinzip)	151
a) Grundlagen	151
b) Rechtliche Wirksamkeit des Anspruchserhebungs- prinzips	155
c) Anspruchserhebung	161
d) Gerichtsklausel	163
e) Erweiterte Definitionen des Versicherungsfalles	163
2. Rückwärtsversicherung	164
a) Grundlagen	164
b) Einschränkungen	166
3. Nachhaftung	169
a) Grundlagen	169
b) Mögliche Gestaltungen der Nachmeldefrist	171
c) Umfang des Versicherungsschutzes im Rahmen der Nachmeldefrist	172
d) Dauer der Nachmeldefrist	172
e) Allgemeine und persönliche Nachmeldefrist	172
f) Ausschlüsse der Nachmeldefrist	173
4. Umstandsmeldung	174
a) Begriff und Rechtsnatur	174
b) Umstände, die den Eintritt des Versicherungsfalles als wahrscheinlich erscheinen lassen	177
c) Ewigkeitshaftung?	177
d) Notwendiger Inhalt	178
e) Vorbeugende Rechtskosten	178
§ 7. Risikoausschlüsse	181
I. Grundlagen	182
II. Objektive Ausschlussstatbestände	184
1. Vertragsstrafen, Geldstrafen, Geldbußen	184
2. Ausländisches Recht	187
3. Produkt-, Arbeits- und Dienstleistungshaftung	187
4. Umwelthaftung	188
5. Unzureichender Versicherungsschutz	189
6. Versicherte Tätigkeit	191
7. Konzernabschluss	191
8. Rückzahlungsansprüche	192
9. Spekulationsgeschäfte	192
10. Insichprozesse	193

11. Verletzung von Wettbewerbsrecht und von Immaterialgüterrechten	194
12. Zuwendungen	195
13. Einbußen bei Darlehen und Krediten	196
14. Asbest	196
15. EPLI	197
16. Anhängige Rechtssachen	198
III. Subjektive Ausschlussstatbestände	199
1. Ausschluss wissentlicher bzw. vorsätzlicher Pflichtverletzungen	199
a) Ausgangslage und Problemstellung	199
b) Vergleich der Ausschlussformulierungen „vorsätzliche Pflichtverletzung“, „wissentliche Pflichtverletzung“ und „vorsätzliche Schadensverursachung“	200
c) Vorsorgliche Rechtsschutzdeckung	214
2. Bekannte Schadensumstände	218
IV. Gefahr der „freundlichen“ Inanspruchnahme	219
§ 8. Beendigung des Versicherungsvertrages	225
I. Einvernehmliche Vertragsauflösung	225
II. Rücktrittsrecht	225
1. Wegen Verletzung der vorvertraglichen Anzeigepflicht	226
2. Wegen Nichtzahlung der Erstprämie	229
3. Teilrücktritt	229
III. Widerrufsrecht des Versicherungsnehmers	230
IV. Anfechtungsrecht	230
1. Anfechtung durch den Versicherer	231
2. Anfechtung durch den Versicherungsnehmer	231
V. Kündigung	232
1. Ordentliche Kündigung	232
2. Außerordentliche Kündigung	232
VI. Sonstige Beendigungsgründe	234
1. Insolvenz	234
a) Insolvenz des Versicherers	234
b) Insolvenz des Versicherungsnehmers	235
2. Kontrollwechsel	236
a) Grundlagen	236
b) Kontrollwechsel beim Versicherungsnehmer	237
c) Kontrollerwerb durch den Versicherungsnehmer	240
d) Kontrollverlust des Versicherungsnehmers	241

VII. <i>Run-off</i> -Deckungen	242
1. Begriff	242
2. Arten	242
a) <i>Run-off</i> -Deckung i.S. einer „klassischen“ Nachmeldefrist	243
b) <i>Run-off</i> -Deckung in Gestalt einer separaten Police ...	243
§ 9. Besondere Verhaltensobligationen	245
I. Vorvertragliche Anzeigepflicht	246
1. Gegenstand	246
2. Erfüllungszeitpunkt	247
3. Adressat	247
4. Rechtsfolgen einer Verletzung der vorvertraglichen Anzeigepflicht	247
a) Rücktritt	248
b) Kündigung	249
c) Vertragsanpassung	249
5. Ausübung der Gestaltungsrechte des Versicherers	251
a) Belehrungspflicht des Versicherers	251
b) Ausschluss bei anfänglicher Kenntnis des Versicherers	252
c) Ausübungsfrist und Schriftform	252
d) Begründungserfordernis	252
e) Erlöschen durch Zeitablauf	252
6. Beweislastverteilung	253
II. Gefahrerhöhung	253
1. Begriff der Gefahrerhöhung und seine Änderung im Zuge der VVG-Reform	253
2. Gefahrerhöhende anzeigepflichtige Umstände	253
3. Arten	254
a) Gesetzliche Regelung	254
b) Regelung in den AVB D&O	256
4. Rechtsfolgen einer Verletzung der Obliegenheiten	257
a) Gefahrerhöhungsverbot	257
b) Rechtsfolgen einer Verletzung der Anzeigepflicht	259
III. Weitere Obliegenheiten	260
1. Obliegenheiten vor Eintritt des Versicherungsfalles	260
2. Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalles	261
a) Anzeigepflicht	261
b) Rettungspflicht	262
3. Mitwirkungsobligationen des Versicherungsnehmers im Schadensfall und unternehmensinterne Informationspflichten bei Verlust oder Einschränkung der D&O-Deckung	263

a) Vereitelung des Deckungsanspruchs der versicherten Person durch Verhalten des Versicherungsnehmers . . .	263
b) Informationspflichten des Versicherungsnehmers über Existenz und Umfang des Versicherungsschutzes	269
c) Auskunftspflicht und Belegpflichten des Versicherungsnehmers im Schadensfall	272
4. Rechtsfolgen einer Verletzung weiterer Obliegenheiten . .	279
a) Kündigungsrecht des Versicherers wegen Verletzung einer vertraglichen Obliegenheit vor Eintritt des Versicherungsfalles	279
b) Leistungsfreiheit des Versicherers bzw. Leistungskürzung wegen Verletzung einer vertraglichen Obliegenheit	279
c) Beweislastverteilung	280
IV. Wissenszurechnung	280
1. Grundlagen	280
2. Einschränkung der Anwendbarkeit des § 47 VVG aufgrund der Besonderheiten der D&O-Versicherung	281
3. Einschränkung der Anwendbarkeit des § 47 VVG durch andere Wissenszurechnungsnormen	283
a) Wissenszurechnung des Organwalters, Repräsentanten, Wissenserklärungs- und Wissensvertreter	283
b) Grundsätze der Wissenszurechnung innerhalb von Unternehmen	285
c) Verhältnis von § 47 VVG zu anderen Wissenszurechnungsregeln	287
4. Lösungsansätze für eine Begrenzung der Folgen des § 47 VVG im Rahmen einer D&O-Versicherung	287
a) <i>ComRoad</i> -Entscheidung des OLG Düsseldorf als Ausgangspunkt	288
b) Möglichkeit eines Teilrücktritts bzw. einer Teilanfechtung	290
5. Vertragliche Lösungen zur Einschränkung des § 47 Abs. 1 VVG bzw. der Wirkungen von Rücktritt und Anfechtung	292
a) Zurechnungsklausel (<i>severability clause</i>)	292
b) Repräsentantenklausel	294
c) Verzicht auf das Rücktritts- und Anfechtungsrecht . . .	295
d) Regelung eines Teilrücktritts bzw. einer Teilanfechtung	297
e) Konzept des „Schattenvertrages“	298

§ 10. Verfügungen über den Versicherungsanspruch	301
I. Folgen des Wegfalls des Abtretungsverbots für das Innenverhältnis der D&O-Versicherung	302
1. Grundsätzliche Anwendbarkeit des § 108 Abs. 2 VVG auf die Innenverhältnisdeckung der D&O-Versicherung	302
2. Generelle Unzulässigkeit der Vereinbarung eines Abtretungsverbots gemäß § 108 Abs. 2 VVG	302
a) Ausnahme vom Grundsatz der Unwirksamkeit von Abtretungsverboten bei Großrisiken gemäß § 210 VVG	303
b) Zulässigkeit der Vereinbarung von Abtretungsverboten durch Individualvereinbarungen	305
II. Inhalt des nach § 108 Abs. 2 VVG abtretbaren Freistellungsanspruchs	306
III. Rechtsstellung des Versicherungsnehmers als Zessionar des Freistellungsanspruchs	307
1. Direkter Zahlungsanspruch des Versicherungsnehmers nach Abtretung des Freistellungsanspruchs	307
2. Mögliche Einwendungen des Versicherers gegen einen direkten Zahlungsanspruch des Versicherungsnehmers ...	310
a) Mögliche Verweisung des Zessionars des Freistellungsanspruchs auf eine Feststellungs- statt Leistungsklage – Bedeutung des Trennungsprinzips ..	311
b) Rechtslage bei Abtretung des Freistellungsanspruchs nach Beginn der Rechtsschutzgewährung durch den Versicherer	314
c) Zusammenfassung	317
3. Der Prozess des Versicherungsnehmers gegen den Versicherer	317
a) Grundlagen	317
b) Prozessuale Fragen des direkten Vorgehens des Versicherungsnehmers gegen den Versicherer	318
c) Obliegenheiten der Beteiligten	326
IV. Auswirkungen des Wegfalls des Anerkenntnisverbots	327
V. Vergrößerung des Manipulationsrisikos durch Möglichkeit des Direktprozesses und Wegfall des Anerkenntnisverbots?	328
VI. Vertragliche Einräumung eines Direktanspruchs	331
 § 11. D&O-Versicherung und Strafrechtsschutzversicherung ..	337
I. Deckung der Strafverteidigungskosten durch die D&O-Versicherung	337

1. Voraussetzungen der Übernahme der Verteidigungskosten vom Haftpflichtversicherer	338
2. Kein Anspruch des Versicherten bzw. des Versicherungsnehmers auf die Kostenübernahme durch den Versicherer	339
3. Umfang der übernommenen Kosten	339
4. Überschreiten der Deckungssumme	340
II. Spezial-Strafrechtsschutzversicherung	340
1. Einführung	340
2. Rechtsnatur und Rechtsgrundlagen	341
a) Rechtsnatur	341
b) Rechtsgrundlagen	342
3. Aufgaben	343
a) Hauptleistung und Sorgeleistungen des Rechtsschutzversicherers	343
b) Deckung der erforderlichen Kosten	344
4. Versichertes Risiko	344
a) Versicherungsnehmer und versicherte Personen	344
b) Zusammenhang mit der betrieblichen Tätigkeit	346
c) Form des gewährten Versicherungsschutzes	346
5. Leistungsarten	347
6. Umfang des Versicherungsschutzes	347
a) Sachlicher Umfang	347
b) Räumlicher Umfang	348
c) Zeitlicher Umfang	349
7. Deckungseinschränkungen	349
a) Ohne Rechtspflicht übernommene Kosten	349
b) Einverständliche Erledigung	349
c) Selbstbeteiligung	350
d) Kosten der Zwangsvollstreckungsmaßnahmen	350
e) Antrittsgelder	351
f) Kosten, zu deren Übernahme Dritte verpflichtet sind ..	351
8. Risikoausschlüsse	351
a) Vorsätzlich begangene Straftaten	351
b) Verbrechen	351
c) Verkehrsstraftaten	352
d) Kartellverfahren	352
e) Steuerstraftaten aufgrund einer Selbstanzeige	353
9. Obliegenheiten des Versicherungsnehmers bzw. des Versicherten	353
a) Meldeobliegenheit	353
b) Obliegenheiten im Versicherungsfall	354

§ 12. Internationale Aspekte	357
I. Einleitung	358
1. Zielsetzung	358
2. Einfluss ausländischer Policenformate	361
II. Die länderübergreifende D&O-Versicherung	361
1. Ausgangslage	361
2. Lösungsansätze zur Erfassung lokalen Haftungsrechts bei weltweitem Geltungsbereich der Police	364
a) Globalisierungsklauseln	364
b) Integration ausländischer Formulierungen in die deutsche Police	365
c) <i>Split wording</i>	367
d) Vom Einsatz mehrerer Policen zum internationalen Versicherungsprogramm	369
3. Weltweite Police als Anknüpfungspunkt ausländischer aufsichtsrechtlicher Regelungsinteressen	372
a) Begründung des Vertragsstatuts der Police	374
b) Einzelstaatliches ausländisches Aufsichtsrecht	374
c) Ausländische Eingriffsnormen	378
d) Abstellen auf den faktischen Erfüllungsort	382
4. Rechtsfolgen der Verletzung ausländischer Zulassungsvorschriften	383
a) Verbot der Vertragserfüllung?	384
b) Sittenwidrigkeit der Erfüllung nach § 138 BGB	385
c) Leistungsbefreiung	388
d) Deckungsablehnung wegen <i>matters not insurable under law?</i>	389
e) AVB-Modifikation zur Vermeidung von Teilnichtigkeit?	389
f) Unmöglichkeit der Vertragserfüllung nach § 275 BGB	391
g) Schadensersatzanspruch wegen Nichterfüllung des Versicherungsvertrages	392
5. Konflikt zwischen dem Versicherungsvertragsrecht des Vertragsstatuts mit demjenigen des Staates der Risikobelegenheit	393
6. Konsequenzen der Konstruktion der D&O-Versicherung als Vertrag für fremde Rechnung	396
a) Grundlagen	396
b) Erfüllungspflicht des Versicherers	397
c) Verschaffungspflicht des Versicherungsnehmers als Treuhänder des Versicherungsanspruchs der einer versicherten Person zustehenden Rechte	397
III. Internationale D&O-Versicherungsprogramme	398

1. Allgemeines	398
2. Einrichtung eines internationalen D&O-Versicherungs- programms	399
a) Einkaufsphilosophie	399
b) Risikobelegenheit	400
c) Entscheidungskriterien für die Einrichtung lokaler Policen	401
d) Rechtliche Eigenständigkeit lokaler Policen	402
e) Bestimmung lokaler Versicherungssummen	403
f) DIC-/DIL-Konzepte	404
g) Praktische Erfahrungen	404
h) Verhältnis von Masterpolice zu lokaler Police	407
i) Entschädigungshöchstgrenze	408
j) Ergebnis	412
3. Konzept der Deckung des „finanziellen Interesses“ als Alternative zur herkömmlichen DIC-/DIL-Deckung?	413
a) Entwicklung und Zielsetzung	413
b) Versicherungsgegenstand, versichertes Interesse und Regelungstechnik	415
c) Räumlicher Anwendungsbereich	417
d) Prämienzahlungspflicht des Versicherungsnehmers ...	418
e) Begriff des „relevanten Vermögensschadens“	418
f) Funktion lokaler Policen	426
g) Kooperationspflichten im Schadensfall und subjektives Risiko	427
h) Zusammenfassung und Bewertung	431
4. Versicherungsteuerliche Fragen	433
5. Charakteristika von D&O-Policen in den Ländern des <i>common law</i>	435
a) Definition des „Versicherungsfalles“	435
b) Deckung der Gesellschaft selbst (<i>Side C</i>)	437
c) <i>Indemnification</i>	438
d) <i>Side A only</i> -Policen	439
e) Gewichtung der Versicherungsgegenstände <i>Side A</i> , <i>Side B</i> und <i>Side C</i> untereinander	441
f) <i>Duty to defend</i>	442
g) <i>Allocation</i> : „ <i>best efforts</i> “ vs. „ <i>relative legal</i> <i>exposure</i> “ <i>language</i>	442
h) Häufige Klauseln	442
i) Ausschlüsse bzw. Abgrenzungen mit Wiedereinschlüssen (<i>carve backs</i>)	446

Sachregister	455
--------------------	-----